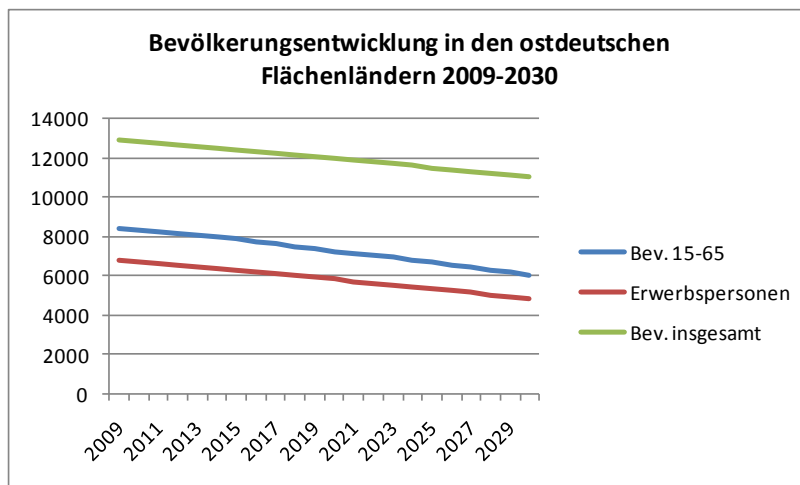


Die demographische Herausforderung für den ostdeutschen Arbeitsmarkt

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird es in den nächsten Jahren insbesondere in Ostdeutschland (verzögert auch in Westdeutschland) zu einer zunehmenden Verknappung von Arbeitskräften kommen: Während die Bevölkerung in den ostdeutschen Ländern (ohne Berlin) insgesamt von derzeit knapp 13 Mio. Personen (nur ostdeutsche Flächenländer) auf rund 11 Mio. Personen in 2030 abnehmen wird (-14%), schrumpft die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre) im gleichen Zeitraum nahezu doppelt so stark, nämlich um beinahe 30% (von 8,3 Mio. auf 6,1 Mio. Personen). In etwa ebenso stark wird – bei unverändertem Erwerbsverhalten¹ – der Rückgang der Erwerbspersonen ausfallen.



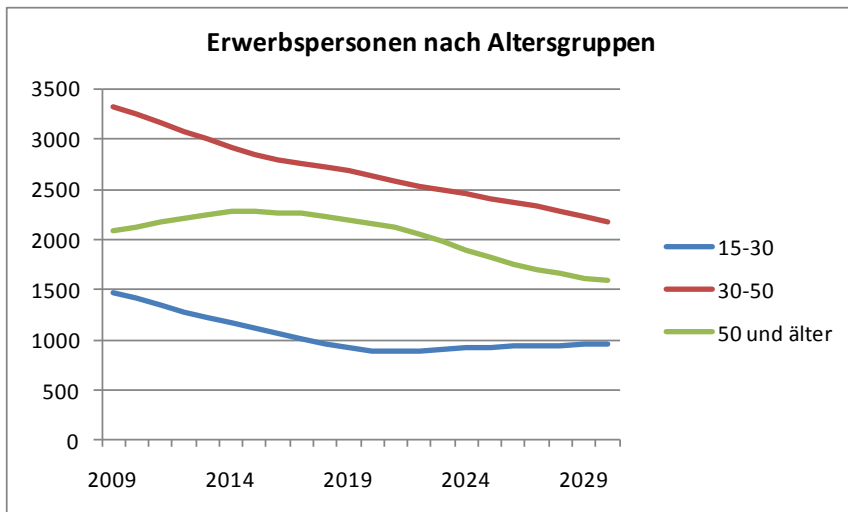
Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Der Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen in den nächsten beiden Jahrzehnten geht einher mit Verschiebungen in der Altersstruktur. So wird die Erwerbspersonenzahl in der Altersgruppe der 15-30jährigen bis zum Jahr 2020 um rund ein Drittel zurückgehen. Auch die Zahl der eigentlichen Leistungsträger – der 30-50jährigen – wird im gesamten Zeitraum kontinuierlich fallen und im Jahr 2030 um rund ein Drittel niedriger liegen als heute. Demgegenüber nimmt die Zahl der Erwerbspersonen im Alter von 50 und mehr Jahren bis zum Jahr 2015 zunächst deutlich zu und wird sich erst danach wieder etwas verringern. Die damit verbundene Verschiebung in der Altersstruktur sind zwar gering, und auch das Durchschnittsalter der Erwerbspersonen erhöht sich nur leicht – von 42,4 auf 43 Jahre; dennoch dürften die Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht unerheblich sein, weil gerade jüngere Kohorten aufgrund ihres aktuelleren technologischen Wissens und ihrer stärkeren Aufgeschlossenheit gegenüber technischen Neuerungen für die Durchsetzung von Innovationen von entscheidender Bedeutung sind.² Hinzu kommt, dass die Zahl potentieller Unternehmensgründer in den kommenden Jahren stark abnehmen wird und deswegen altersbedingte Unternehmensnachfolgeregelungen schwerer zu treffen sein werden.³

¹ Zur Berechnung der Erwerbspersonen wurden die altersspezifischen Erwerbsquoten laut Mikrozensus 2009 herangezogen, vgl. Statistisches Bundesamt, FS 1 R 4.1.1, Wiesbaden 2010.

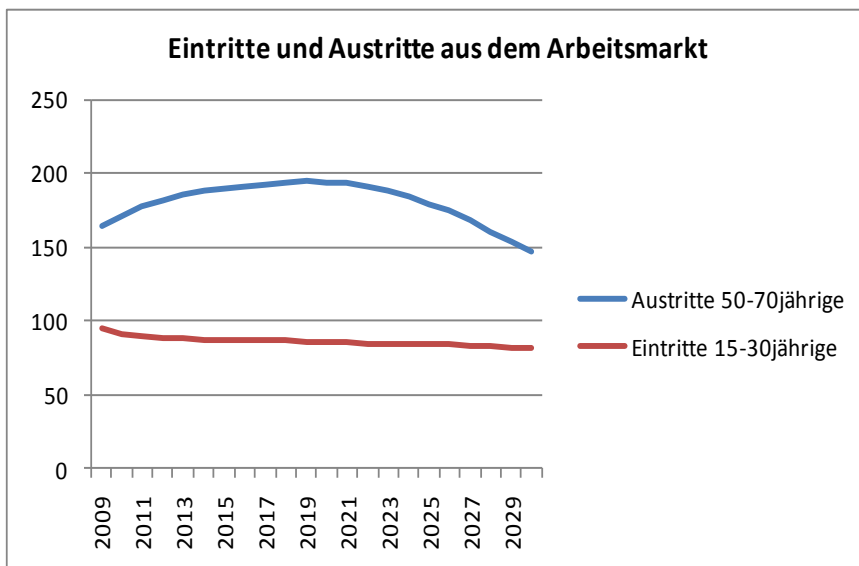
² Vgl. Ragnitz, J. u.a., Demographische Entwicklung in Ostdeutschland, ifo Dresden-Studie Nr. 41, Dresden 2007, Kapitel 3.

³ Vgl. Berlemann, M. u.a., Unternehmensnachfolge im sächsischen Mittelstand, ifo Dresden Studie Nr. 40, Dresden 2007.



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Noch deutlicher wird die Bedeutung des demographischen Wandels für den Arbeitsmarkt, wenn man die Zahl der künftigen Neueintritte junger Erwerbspersonen der Zahl der Altersabgänge gegenüberstellt.⁴ Es zeigt sich, dass in den kommenden Jahren in der Spitze der Ersatzbedarf noch nicht einmal zur Hälfte durch den Berufseintritt jüngerer Kohorten gedeckt werden kann. Bislang wird dies zumindest zum Teil noch dadurch verdeckt dadurch, dass es noch ausreichend viele „Altbewerber“ um Ausbildungsplätze gibt und dass auch Arbeitslose zur Besetzung von frei werdenden Arbeitsplätzen herangezogen werden können. In den kommenden Jahren wird dieses Reservoir aber zunehmend geringer werden, so dass ein Ersatz ausscheidender Arbeitskräfte immer schwerer fallen wird.



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Ob es tatsächlich zu einem Arbeitskräftemangel kommt, hängt aber natürlich auch von der Entwicklung der Arbeitsnachfrage ab. Eine Prognose der Arbeitsnachfrage ist allerdings deutlich

⁴ Veränderung der Zahl der Erwerbspersonen in den jeweiligen Altersgruppen bei konstanten altersspezifischen Erwerbsquoten.

schwieriger als eine Prognose des Arbeitsangebots, da hier eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren eine Rolle spielen kann. Hier wird deswegen ein eher einfacher Ansatz verfolgt, der lediglich mögliche (aber vermutlich plausible) Entwicklungspfade skizziert.

Grundüberlegung dabei ist, dass die Verringerung der Bevölkerungszahl und die Verschiebung der Altersstruktur hin zu Rentnern mit niedrigen Einkommen zumindest bei lediglich regional handelbaren Gütern zu einer unterproportionalen Zunahme⁵ oder gar zu einer Abnahme der Nachfrage und damit der Produktion führen wird; hier geht also auch die Arbeitsnachfrage in der Tendenz zurück. Bei überregional gehandelten Gütern ist dies nicht (oder zumindest nicht in gleichem Maße) der Fall, da hier die Nachfrageentwicklung außerhalb Ostdeutschlands relevant ist. Hier kann es somit unter Umständen sogar zu einer Zunahme der Arbeitsnachfrage kommen. Der Nettoeffekt tendenziell rückläufiger Arbeitsnachfrage bei regional orientierten Wirtschaftszweigen und möglicherweise steigender Arbeitsnachfrage in den überregional orientierten Wirtschaftszweigen ist a priori ungewiss; allerdings ist die ostdeutsche Wirtschaft vergleichsweise stark auf die heimischen Märkte ausgerichtet, so dass die dämpfenden Effekte wohl überwiegen werden.

Berücksichtigung muss darüber hinaus aber auch die zu erwartende Produktivitätsentwicklung finden, denn mit steigender Produktivität verringert sich - bei gegebener Höhe der Produktion – die Nachfrage nach Arbeitskräften. Vieles spricht dafür, dass aufgrund technischen Fortschritts und arbeitskostenbedingter Substitutionseffekte die Produktivität stärker steigen wird als die Produktion, was ebenfalls auf eine Dämpfung der Arbeitskräftenachfrage hinwirkt.

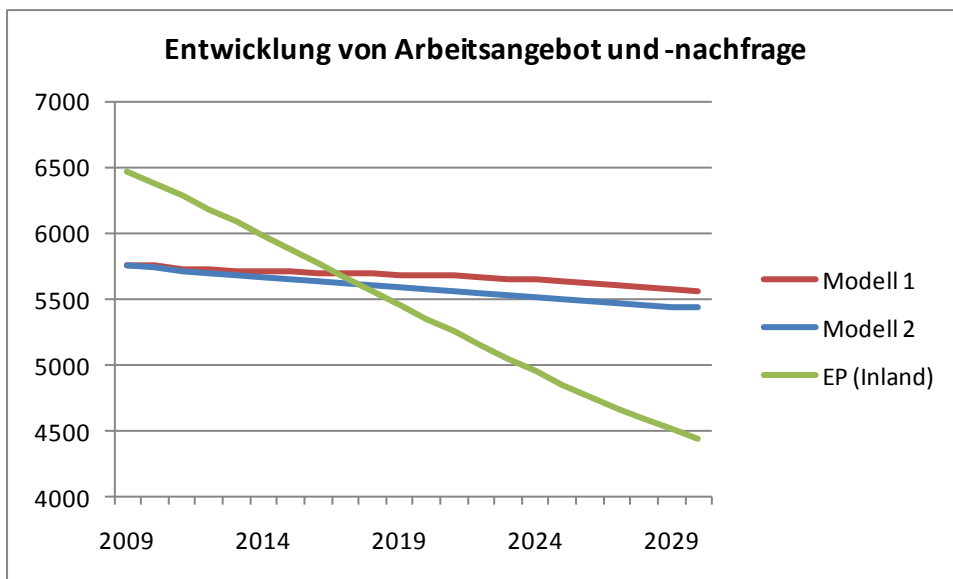
Um eine ungefähre Vorstellung über die Größenordnung der Effekte zu haben, wurden verschiedene Simulationsrechnungen durchgeführt. In einem ersten Modell wird davon ausgegangen, dass die ostdeutsche Wirtschaft einem Konvergenzpfad folgt, der bis zum Jahr 2030 zu einer Angleichung von BIP je Einwohner und Produktivität an das Niveau der alten Bundesländer⁶ führen würde. In diesem Fall würde die Arbeitskräftenachfrage in den nächsten Jahren um jährlich etwa 0,15% zurückgehen. Im zweiten Modell wird – bei Annahme einer Konvergenz nur der Produktivität – explizit auch die beschriebene Verschiebung der Nachfrage von nicht-handelbaren zu handelbaren Gütern modelliert⁷; in diesem Fall würde sich die Arbeitskräftenachfrage bis zum Jahr 2030 um 0,3% jährlich reduzieren.

Die beschriebenen Modellrechnungen sollen keine Prognose darstellen; sie machen aber deutlich, dass der Rückgang der Arbeitskräftenachfrage in den nächsten Jahren vermutlich eher schwächer ausfallen wird als der Rückgang des Arbeitskräfteangebots. Das aber bedeutet: In beiden Fällen reicht das verfügbare Arbeitskräfteangebot jedoch ab etwa dem Jahr 2017/2018 nicht mehr aus, die Arbeitsnachfrage zu decken – und schon ab etwa dem Jahr 2015 dürfte die Arbeitslosenquote auf ein Niveau fallen, das gemeinhin mit Vollbeschäftigung assoziiert wird.

⁵ Nachfragesteigernd wirken sich etwaige Einkommenssteigerungen der heimischen Bevölkerung aus.

⁶ Nur Flächenländer.

⁷ Hierzu wurde unterstellt, dass die Nachfrage im Sektor der handelbaren Güter pro Jahr um 2% zunimmt. Für die Veränderung der Nachfrage nach nicht-handelbaren Gütern wurde ein Entwicklungspfad modelliert, der durch die Verschiebung der Bevölkerungsstruktur zu Nicht-Erwerbspersonen, deren geringerem Einkommen und einem Zuwachs der Löhne im Ausmaß des (exogenen) Produktivitätsfortschritts abhängt.



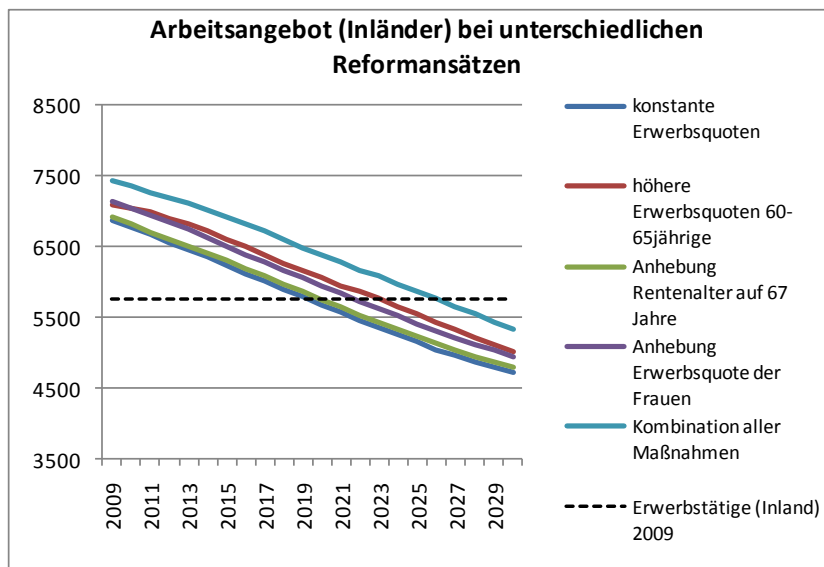
Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Nicht berücksichtigt sind hierbei allerdings strukturelle Verschiebungen in der Arbeitskräftenachfrage. So werden im Sektor der handelbaren Güter tendenziell mehr Arbeitskräfte mit hoher Qualifikation nachgefragt als in den eher regional orientierten Sektoren (wie z.B. Handel, haushaltsnahe Dienstleistungen usw.), und auch der allgemeine Strukturwandel führt im Regelfall zu einer Verschiebung der Arbeitsnachfrage zugunsten der höher qualifizierten Arbeitskräfte. Aus diesem Grunde muss wohl damit gerechnet werden, dass der Mangel bei gut ausgebildete Fachkräfte früher und stärker zu Buche schlägt als bei weniger gut ausgebildeten Arbeitskräften. Möglicherweise kann dies sogar dazu führen, dass in den kommenden Jahren das Phänomen gleichzeitiger Arbeitslosigkeit (bei Geringqualifizierten) und gleichzeitiger Fachkräfteknappheit (bei höher Qualifizierten) auftritt.⁸ Dennoch verharmlost die aktuelle öffentliche Diskussion das Problem zunehmenden Arbeitskräftemangels, denn allein schon aufgrund seiner Dimension werden in Zukunft nicht nur gut qualifizierte Fachkräfte fehlen, sondern Arbeitskräfte in allen Bereichen.

Darüber hinaus ist es offenkundig, dass die tatsächlich realisierte Beschäftigung bei gegebenem Arbeitskräfteangebot durch dieses limitiert wird – was dann wiederum negative Folgen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland haben dürfte. Bei gegebenem Produktivitätsfortschritt – der annahmegemäß bis zum Jahre 2030 zu einer vollständige Angleichung mit dem Niveau der westdeutschen Flächenländer führt – kommt der Konvergenzprozess nämlich ab dem Jahr 2018 bei einem Angleichungsstand des Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von knapp 80% des westdeutschen Niveaus zum Stocken. Günstiger wäre die Situation, wenn es gelänge, den Produktivitätsfortschritt deutlich zu beschleunigen: Ließe sich ab dem Jahr 2018 der Produktivitätsanstieg soweit erhöhen, dass die negativen Auswirkungen des Rückgangs der Erwerbersonenzahl auf das Produktionsniveau gerade ausgeglichen wird, könnte bis zum Jahr 2030 immerhin fast das westdeutsche Niveau des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner erreicht werden – freilich dann mit einem Produktivitätsniveau, das um mehr als 20% über dem westdeutschen Wert liegt.

⁸ Vgl. Ragnitz, J., Demographische Entwicklung in Ostdeutschland, a.a.O., Kapitel 4.

Die bisher von der Politik vornehmlich diskutierten Anpassungsmechanismen – Erhöhung der Erwerbsquoten älterer Personen, Verlängerung der Lebensarbeitszeiten durch Verschiebung des Renteneintrittsalters oder auch Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf – helfen hingegen nicht wirklich weiter; sie werden diese Trends bestenfalls abmildern, nicht jedoch stoppen können. Selbst im günstigsten Fall einer Verwirklichung aller dieser Maßnahmen kann der bis zum Jahr 2030 zu erwartende Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen in Ostdeutschland um bestenfalls 3 Prozentpunkte abgemildert werden.



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Auch der vielfach als Lösung vorgeschlagene Ausweg, durch verbesserte Bildungsinvestitionen wenigstens den Mangel an gut qualifizierten Fachkräften zu vermeiden, hilft nur in Ansätzen weiter, denn dies ändert nichts am Rückgang der Erwerbspersonen insgesamt. Es würde somit lediglich dazu beitragen, das Arbeitskräftedefizit bei bestimmten Berufsgruppen (bzw. Qualifikationen) zu verringern; um so größer würde jedoch (bei gegebener Struktur der Arbeitskräftenachfrage) die Lücke bei anderen Gruppen von Arbeitskräften. Trotzdem ist es wichtig, in Bildung und Ausbildung zu investieren, weil damit selektive Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt bei sich verändernder Struktur der Arbeitskräftenachfrage abgemildert werden können. Und auch als Quellen des Produktivitätsfortschritts sind Bildung und Weiterbildung für die künftige Wirtschaftsentwicklung von großer Bedeutung.

Es bleibt die Lösung, durch mehr Zuzug von Arbeitskräften (bzw. vermehrte Einpendler) den zu erwartenden Mangel an Arbeitskräften auszugleichen – wobei es schon allein aufgrund der quantitativen Dimensionen eher fraglich erscheint, ob dies eine realistische Perspektive ist: Um den demographisch bedingten Mangel an Arbeitskräften auszugleichen, würden im Jahr 2030 rund 1 Mio. Arbeitskräfte aus anderen Regionen benötigt. Da eine entsprechend hohe Zuwanderung aus Westdeutschland aufgrund der dort ebenfalls rasch an Bedeutung gewinnenden demographischen Probleme kaum zu erwarten ist, stellt sich die Frage, woher diese Zuwanderer denn überhaupt kommen sollen und wie die damit verbundenen Integrationsaufgaben (die Zuwanderung von 1 Mio. Arbeitskräften aus dem Ausland würde unter Berücksichtigung des Zuzugs zugehöriger Familienangehöriger den Ausländeranteil in den neuen Ländern auf rund 10% erhöhen) zu bewältigen sind. Um hierfür die nötige Akzeptanz zu schaffen, sind bereits heute entsprechende

Weichen zu stellen – was bislang aber wegen der Konzentration auf das noch bestehende Problem der Unterbeschäftigung nicht in ausreichendem Maße geschehen ist.

Alles in allem bedeutet dies: Um das zu erwartende Arbeitskräftedefizit zu vermeiden und gleichzeitig eine Fortsetzung des Konvergenzprozesses zu gewährleisten, sind Einzelmaßnahmen nicht ausreichend; vielmehr ist eine Kombination von stärkerer Mobilisierung der arbeitsfähigen Bevölkerung, verlängerten Lebensarbeitszeiten, Bildung und Ausbildung, Produktivitätssteigerungen und Zuwanderung erforderlich. Auch dies alles wird aber wohl nicht ausreichen, dämpfende Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung zu vermeiden.